

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Innerhalb des Reiches für Deutschland, Danzig, des Saar- und Elsassgebietes sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 36

Die neuangelegte Hauptredaktion oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in West-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Geburtswehen der neuen Koalition

Die Verhandlungen

Beim Reichskanzler fanden gestern Besprechungen über die Umbildung der Regierung im Reich statt. Es nahmen an ihnen teil Vertreter der bisherigen Koalition und der Deutschen Volkspartei. Zu einem Ergebnis ist man nicht gelangt. Die Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte der nächsten Woche fortgesetzt werden. Inzwischen will man die Industriellen um nähere Angaben über ihr finanzielles Angebot an die Regierung ersuchen. Wie berichtet wird, wurde auch der Briefwechsel zwischen der S. P. D. und den Unabhängigen in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Dabei sollen sich Zentrum und Demokraten gegen ein Zusammengehen mit den Unabhängigen ausgesprochen oder doch wenigstens erklärt haben, daß für sie eine Mitarbeit mit uns nur dann in Frage kommen könne, wenn gleichzeitig die Deutsche Volkspartei ins Kabinett aufgenommen werde.

Auch über die Umgruppierung in Preußen ist gestern bei Herrn Stegerwald verhandelt worden. Es wurde aber dort ebenfalls kein positives Ergebnis erzielt. Die Bürgerlichen verlangen, daß zunächst die Klärung im Reich abgewartet werden sollte. Immerhin will man am Donnerstag aufs neue zusammenkommen, und zu dieser Besprechung sollen dann alle Parteien ihre schriftlich fixierten Forderungen mitbringen.

Wir warten in Ruhe die weitere Entwicklung ab.

Die Antwort der Unabhängigen

Das Echo der Presse

Die gesamte Presse beschäftigt sich sehr ausführlich mit der Antwort unserer Partei zur Regierungsfrage. Allgemein wird anerkannt, daß die Antwort, deren Geschäftlichkeit hervorgehoben wird, auf große Beachtung Anspruch hat. Doch läßt die Presse der bürgerlichen Koalitionsparteien deutlich erkennen, daß diese Parteien es ablehnen, unsere Forderungen anzunehmen oder gar mit der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden. Wir haben die scharfe Ablehnung der „Germania“ für das Zentrum bereits angeführt. In der Form verbindlicher, in der Sache ebenfalls entschieden, lehnt Th. Wolff im „Berl. Tagebl.“ eine Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung ab. Er schreibt:

„Die Unabhängigen haben in einem recht geschickten Antwortschreiben gesagt, daß sie zunächst wissen müßten, ob alle Koalitionsparteien mit den von ihnen gestellten Bedingungen einverstanden seien. Ohne die einzelnen Bedingungen näher zu betrachten, muß man erwidern, ist eine Ergänzung des Kabinetts durch die Unabhängigen, die in richtiger Stunde willkommen sein könnte, gerade gegenwärtig wünschenswert? Eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen wäre eine vortreffliche Lösung, wurde bloß aber von den Beteiligten abgelehnt. An republikanischer Zuverlässigkeit übertrifft die Unabhängigen erbedlich den Zuwachs von rechts. Aber was hilft uns die Zuverlässigkeit der Bemannung, wenn das ganze Schiff durch zu hohen Wogengang — und die Wogen müßten hoch gehen — in Gefahr gerät? Man kann auf die Volkspartei, mit Bedauern, verzichten, wenn sie den Staat nicht ehrlich festigen will. Daß man den Staat durch das Gewicht der Unabhängigen, ohne Gegenwärtigkeit, festigen könnte, glauben wir nicht. Wir brauchen, darin muß man den Unabhängigen zustimmen, eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung, des Beamtenums und der Schulen, Rücktritt aller Staatsdiener vor dem republikanischen Staat, aber ist das am leichtesten zu erreichen, indem man den Geistern des Widerstandes, die gebrochen werden müssen, eine angestrebte Parole gibt? Wir brauchen Goldmillarden, und sind die wirklich leichter im Kampfe gegen die Industrie zu finden als mit der Industrie? Man kann grandiose Steuern machen und hat schon einige gemacht. Das bleibt, um mit Heine zu sprechen, ein Schwärmererzeugnis, wenn sie niemand bezahlt. Würde so eine gesunde Vorwärtentwicklung im Innern, würde eine auswärtige Politik möglich sein? Gewissenhafte Ueberlegung gelangt zu einem Nein.“

Damit sind zugleich die Gründe angedeutet, die die Demokraten zur Ablehnung veranlassen. Man will Politik und insbesondere die Steuerpolitik mit der Deutschen Volkspartei machen und denkt nicht daran, den Einfluß der Arbeiter und Angestellten auf die Lösung der Steuerfragen noch zu härten. Man fürchtet ohnedies, daß die bürgerlichen Wähler nach rechts abmarschieren, wo der Kampf gegen die Erfassung der Goldwerte mit aller Rücksichtslosigkeit geführt wird. Und deshalb das „Nein“. An anderer Stelle wendet sich das „Berl. Tagebl.“ gegen unsere Forderung, die Strafrechtspflege den Geschworenengerichten zu übertragen. Das sei undiskutabel; wozu nur zu bemerken, daß diese alte liberale Forderung auch von vielen bürgerlichen Juristen vertreten wird und in der alten österreichischen Monarchie wie im größten Teil der übrigen Welt verwirklicht ist. Daß aber die Geschworenen nach demokratischen Grundsätzen gewählt und nicht willkürlich gebildet wer-

den dürfen, wird wohl auch das „Berl. Tagebl.“ nicht bekämpfen wollen. Oder doch?

Schärfer schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Die Anfrage der Sozialdemokraten entsprang taktischen Erwägungen, die Antwort der Unabhängigen nicht milder. ... Lehnen Zentrum und Demokraten ab, dann werden die Unabhängigen für ihre Agitation das Argument haben, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eintrete, die selbst von diesen einschlägigen Voraussetzungen einer sozialistischen Regierungspolitik nichts wissen wolle. Die Sozialdemokraten haben bisher eine Anfrage an die Demokraten und das Zentrum noch nicht gestellt. Die Antwort der beiden Parteien kann aber von vornherein nicht zweifelhaft sein; sie wird entweder verneinend lauten oder ihrerseits gewisse Voraussetzungen anführen, zu denen sich die Unabhängigen äußern sollen. Denn es liegt auf der Hand, daß die fünf Punkte in der Antwort der Unabhängigen nur aus tatsächlichen Gründen so allgemein und zurückhaltend formuliert worden sind, daß sie sich leicht in den Auffassungen der gegenwärtigen Koalition nähern, daß aber in Wirklichkeit die Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien und den Unabhängigen in der Sozialisierungsfrage, in den Finanzfragen, in der Frage der Justizreform so beträchtlich sind, daß an ein Zusammengehen mit den Unabhängigen nicht zu denken ist. Eine andere Frage ist, ob diese Gegensätze so bedeutsam sind, daß sie eine scharfe Kampfesstellung rechtfertigen. Es wäre bedauerlich, wenn diese letzte Frage von der einen oder anderen Seite bejaht würde.“

Natürlich lehnen die Organe der Deutschen Volkspartei unsere Forderungen auf das schärfste ab und sehen die gleiche Ablehnung bei den anderen bürgerlichen Parteien voraus. So schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“:

„Wir haben bereits erwähnt, daß das Manöver der Sozialdemokratie mehr als ein taktisches zu bezeichnen sei, als daß es sich hier um ein wirklich ernstes Angebot handelte. Auch die Antwort der Unabhängigen trägt denselben taktischen Charakter. Die Unabhängigen müssen wissen und wissen auch, daß die bürgerlichen Parteien einem Programm, wie es hier von den Unabhängigen aufgestellt wird, unter keinen Umständen zustimmen können. Sie bescheiden mit ihrer Gegenfrage lediglich, der Sozialdemokratie die Notwendigkeit auszubüden, nun ihrerseits eine Antwort zu erteilen, die den Unabhängigen ohne weiteres die Möglichkeit gibt, die Beteiligung an der Regierung abzulehnen.“

Und nun der „Vorwärts“. Er ist sehr begeistert; er feiert unseren Beschluß als „ein hochbedeutsames Ereignis in der inneren Geschichte der Republik; er bedeutet ein Abgehen von der grundsätzlichen Ablehnung gegenüber jeder Koalitionsregierung und die Eröffnung der Möglichkeit, daß die gesamte Arbeiterschaft sich „mit positiven Leistungen am Dienst des neuen Staates beteiligen“ wolle.“

Hier zeigt sich ein Ziel, das jeden ersten Staatsmann locken muß. Für die Sozialdemokratische Partei ist dieses Ziel um so erstrebenswerter, als seine Erreichung zugleich eine enorme innere Festigung der politischen Arbeiterbewegung und eine gewaltige Stärkung der Republik gegen ihre Feinde mit sich bringen würde. Es darf darum nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei den Beschluß der U. S. P. mit dem größten Eifer behandeln wird, daß sie ihn keineswegs bloß als einen Zug in einem politischen Schachspiel betrachtet, der durch Gegenläufige wieder ausgeglichen wird, sondern daß sie in ihm ein politisches Ereignis erblickt, dem die möglichst weitestgehende Auswirkung gegeben werden muß.

Die Mindestforderungen, die in dem Antwortschreiben der Unabhängigen aufgestellt werden, halten sich im Rahmen des Möglichen und sind auch alte Forderungen der Sozialdemokratie. Unübersteigbare Hindernisse für die bürgerlichen Parteien, auf sie einzugehen, sind nicht vorhanden. ...

Der „Vorwärts“ ist also restlos glücklich und ungehemmt optimistisch. Da wir aber nicht nur den „Vorwärts“ lesen, sondern auch bürgerliche Blätter, sind wir denn doch etwas skeptischer. Und wenn der „Vorwärts“ gar meint, wir hätten „uns, wie keine andere Partei, auf den Boden des Görlitzer Beschlusses gestellt“, so möchten wir die Erinnerung nicht unterlassen: wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Der Görlitzer Beschluß war seinem Sinne, wenn auch nicht seinem Wortlaut nach, ein Abweichen von der proletarischen Front und ein Abschwanken nach rechts; unser Beschluß bedeutet ein Bekenntnis zu den Notwendigkeiten der proletarischen Politik und deren Stärkung. Das sei schließlich auch der „Roten Fahne“ gesagt, die wieder mal Lust zeigt, unsere Politik mit der der rechtssozialistischen Führung zu identifizieren, schließlich aber selbst zu folgendem Schluß kommt:

„Die Sozialdemokraten aber werden jetzt zeigen müssen, ob es ihnen ernst ist mit der Bildung einer Regierung gegen die Parteien des Großkapitals und der Konterrevolution, oder ob die Anfrage bei den Unabhängigen ihnen nur ein Mittel zur Täuschung ihrer eigenen, gegen das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei rebellierenden Anhänger sein sollte.“

Alles in allem zeigt das Echo auf unsere Antwort, so verschieden je nach den Absichten, die damit verfolgt werden, auch die Auslegungen lauten, daß diese Antwort richtig, die der politischen Situation einzig angemessene gewesen ist. Sie hat klargestellt, daß eine energische Vorkampfbildung durchaus möglich ist, und damit die Verpflichtung für alle, die sie wirklich wollen, geschaffen, eine solche Politik auch zu verwirklichen.

Neuer Kurs in der Außenpolitik?

Von Rud. Breitscheid

Zwei französische Staatsmänner haben sich in den letzten Tagen in Reden, die mit Recht große Beachtung finden, über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ausgesprochen: Clemenceau bei der Enthüllung seines eigenen Denkmals in einem Dorfe der Vendee und Roblemaire auf der Tagung des Völkerbundes in Genf.

Der Gegensatz zwischen den beiden Ansprüchen springt in die Augen. Clemenceau spricht vor dem Monument, das sein Bild der Nachwelt überliefern soll, ganz so, wie man es von jeher von ihm gewohnt war. Er enthüllt nicht nur den Stein, er enthüllt noch einmal sich selbst. Er ist der geliebte, der er in Versailles war, der unerbittliche Sieger, der Deutschland auf die Knie gezwungen hat und ihm nicht gelassen will, das zu vergessen. Durch Roblemaires Worte aber klingt ein Ton, wie wir ihn bisher zu hören nicht gewohnt waren, ein Ton des Verständnisses und der Versöhnung. Worten der Anerkennung für die Tapferkeit der deutschen Soldaten folgt die Frage, warum es unmöglich sein sollte, daß in Zukunft Frankreich lebe, aber auch Deutschland lebe. Warum sollte neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland bestehen können! Man sei zum Frieden und Zusammenarbeiten bereit mit einem Deutschland, das Garantien gegen die Wiederherstellung der alten Gewalten biete, und Frankreich werde nicht nur militärisch, sondern auch moralisch abrüsten, wenn es sicher sein könne, und der Gegner von gestern und heugestern mit ihm gleichen Schritt halte.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, der diese beiden Reden am gleichen Tage an unser Ohr dringen läßt. Aber wir sind ihm dankbar. Er macht eine Tatsache offenbar, die Kundigen vertraut war, aber bisher in Deutschland nicht die genügende Berücksichtigung fand, nämlich, daß zwei Frankreich vorhanden sind, eins des verbotenen und unentwegten Nationalismus, das die Vorteile des Sieges blindwütig bis zum äußersten ausnützen will, und eins der Vernunft und des Verständigungswillens. Wir werden einen Schritt weitergekommen sein, wenn wir diese Erkenntnis festhalten, und wenn auf der anderen Seite die Franzosen sich mehr und mehr bewußt werden, daß es auch zwei Deutschland gibt, nicht nur eins der Ludendorfs und Heiserichs, sondern das in der Hauptsache in den Arbeitermassen verkörperte Deutschland der Entschlossenheit zur Erhaltung des Friedens und zum Aufbau einer wahrhaft freien Staatsform.

Darüber hinaus aber muß noch eins festgestellt werden: In der Vendee sprach ein Mann der Vergangenheit, einer, der sozusagen sein eigenes Leichenbegängnis feierte, einer, der postum diejenigen kritisiert, die nach ihm die Geschäfte der Regierung übernommen haben. In Genf stand auf der Tribüne der offizielle Vertreter der französischen Republik, der gegenwärtigen Regierung.

Wir wollen die Worte Roblemaires nicht überschätzen, wir wollen auch nicht verschweigen, daß es eigentlich ein Zukunftsprogramm war, das er entwickelte, und daß auch er Deutschland von den Fesseln, die ihm der Friedensvertrag angelegt hat, fürs erste noch nicht zu befreien gedenkt. Wir wissen ja auch zu genau, daß die Mehrheit des französischen Parlaments, wenn auch nicht auf dem Standpunkt Clemenceaus stehend, sich in einer Politik gefällt, die wenig Verhältnismäßigkeit atmet und der Regierung jeden Schritt des Entgegenkommens erschwert. Erst wenn neue Wahlen die Vorherrschaft des nationalen Blods gebrochen und den sozialistischen Arbeitern wieder einen größeren Einfluß verschafft haben, wird von einem ernsthaftem Umschwung die Rede sein können. Aber die Genfer Rede läßt uns doch hoffen. Sie ist wie die Morgentrotze, die einen neuen Tag verkündet.

Nur der, der die Bedeutung verkennt, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für den Frieden der Welt und die Wiederherstellung Europas haben, wird diese Ansichten gering einschätzen. Nur wer da glaubt, wir könnten die Klüft, die zwischen uns und den Franzosen gähnt, unüberbrückt lassen, darf sich gegen eine Politik wenden, die das Zustandekommen eines erträglichen Verhältnisses zwischen dem deutschen und dem französischen Volke als vornehmste Aufgabe betrachtet.

Gerade in der letzten Zeit haben sich solche Stimmen ja bemerkbar gemacht. Herr Theodor Wolff widmet dem Problem einen Montagartikel, in dem er vor Illusionen gegenüber Frankreich warnt und nebenbei mich persönlich als den Träger einer solchen Illusionspolitik einführt. Herr Wolff tut mir zuviel Ehre an. Er überschätzt meine Bedeutung. Aber man wird den Eindruck nicht los, als ob er auf mich schlage und einen anderen meine. Das wird klarer, wenn wir seine Ausführungen in Zusammenhang mit gewissen offenen und versteckten Angriffen stellen, die in der letzten Zeit gegen den Reichskanzler Wirth gerichtet worden sind.

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“ zieht scharf nicht an demselben Strang wie jener Herr Stadler, der in der „Täglichen Rundschau“ gegen den von französischen Einflüssen umgarnten Reichskanzler scharf

machte. Aber es ist doch unvertennbar, daß das, was die „Tägliche Rundschau“ sehr brutal ausdrückte, von führenden Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei, denen die Demokratie jetzt mit heißer Brunnst nachlaufen, ebenfalls ange- deutet wird. Der völksparteiliche Abgeordnete Mittel- mann führt eben jetzt in dem amtlichen Organ seiner Gruppe aus, daß der Urgrund alles Übels in der falschen Orientierung unserer auswärtigen Politik liegt. An dem geradezu aberwitzigen Gedanken der Er- füllbarkeit des Ultimatus dürfe nicht länger festgehalten werden, und es sei auf völlig neuer Grundlage eine Neuregelung unserer Reparationsverpflich- tungen anzustreben. Unter Berufung auf Bismarck fordert Herr Mittelmann die Anlehnung an den angelsächsischen Mächteblock im schärfsten Ge- gensatz zu Frankreich. Es müsse mit dem bis- herigen System, für das er dann ausdrücklich Wirth und Rathenau verantwortlich macht, gebrochen werden.

Die politische Rawität dieses völksparteilichen Zielweisers geht aus seiner Berufung auf den angelsächsischen Mächteblock hervor, von dessen Existenz sonst niemanden etwas bekannt ist. Aber seine Darlegungen sind deshalb nicht ganz belanglos, weil sie mit der Entstehungs- geschichte des Gedankens der neuen Koalition zusammenhängt. Es ist bekannt, daß der ehemalige Diplomat, Freiherr von Eckartstein, der führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie zuerst an seinem Tisch versammelte, den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung unter Hinweis auf englische Wünsche begründet hat. Und nicht nur durch diesen, vielleicht unlegitimierten Vermittler, sind Erklärungen an deutsche Stellen gelangt, die — brüden wir uns vorsichtig aus — einen Rückschlag darauf zulassen, daß England eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an den Regierungsgeschäften sehr sympathisch begrüßen würde. Wir wollen die Motive der englischen Politik in diesem Falle nicht näher untersuchen, obwohl die lebhafteste Kritik, die die englische Presse an dem Abkommen zwischen Loucheur und Rathenau übt, dazu verleiten könnte. Aber es scheint doch so, als ob die Arrangeure des neuen Regierungsblochs unter dem Eindruck der ihnen gewordenen Winte handelten und sich der Hoffnung hingäben, als könne Deutschland, auf Eng- land gestützt, die Verpflichtungen, die es Frankreich gegen- über zu erfüllen hat, auf die leichte Schulter nehmen.

Eine solche Wendung würde nach unserer Ueberzeugung verhängnisvoll sein. Wir sind weit davon entfernt, uns in die Arme Frankreichs stürzen zu wollen, die uns noch dazu nicht einmal geöffnet sind. Aber für mindestens ebenso be- denklich würden wir eine Politik halten, die sich einbildet, im Bunde mit England oder, wie Herr Mittelmann sagt, dem angelsächsischen Mächteblock, ihre Spitze gegen Fran- reich lehren zu können. Die Enttäuschung, die einem solchen Versuch folgen müßte, würde ungeheuer sein.

Wir verlangen nichts anderes, als daß Deutschland sich auch weiter mit voller Ehrlichkeit um die Erfüllung des Friedensvertrages bemüht. Wir hoffen von der Einsicht der Franzosen, daß sie schließlich die Unmöglichkeit der uns auferlegten Bedingungen erkennen, aber dieser Prozeß würde nur erschwert werden, wenn in Paris der Eindruck entsteht, daß Deutschland seine Zuversicht auf antifranciaische Stim- mungen in London setze. Alles spricht gegen einen Wechsel des bisherigen Systems, und auch aus diesem Grunde haben wir also Anlaß, der „neuen Koalition“ mit dem größten Mißtrauen entgegenzusehen.

Das wahre Gesicht

Im offiziellen Organ der „Deutschen Volkspartei“, der „Nationalliberalen Korz.“, schreibt der Reichstagsabg. Dr. Mittelmann:

„Von unserer Seite ist seit Monaten betont worden, daß der eventuelle Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung an die Bedingung geknüpft sein müsse, daß mit dem bisherigen System grundsätzlich gebrochen werde.“

Den Urgrund alles Übels erblicken wir in der falschen Ori- entierung unserer auswärtigen Politik... Der beherrschende Kopf in der neuen Regierung war vom ersten Tage an Herr Rathenau, der nicht nur seine besondere, stark nach der sozia- listischen Seite hin orientierte Wirtschaftspolitik hat, sondern der auch den Ehrgeiz besitzt, die auswärtige Politik des Reiches maß- gebend zu beeinflussen.

Was die Programmpunkte im einzelnen betrifft, so möchten wir als leitenden Gesichtspunkt bezeichnen, daß an dem geradezu aberwitzigen Gedanken der Erfüllbarkeit des Ultimatus nicht länger festgehalten wird, und daß auf völlig neuer Grundlage eine Neuregelung unserer Reparationsverpflichtungen angestrebt wird... Eine grundlegende Reform unserer Finanzen muß neben parsonischer Verwaltung eine Sanierung unserer Staatsbetriebe, gegebenenfalls durch Schaffung einer gemischt- wirtschaftlichen Betriebsform, ins Auge faßen, sowie auf eine vernünftige Lösung des Steuerproblems bedacht sein, vor dessen Lösung unser Reich im Augenblick steht.

Die verantwortlichen Leiter der Partei sind sich einig darüber, daß die nächsten Momente den Ausschlag geben müssen, und daß alle Personalfragen hinter ihnen zurückzutreten haben. Auch die Frage nach der Person der Herren Wirth und Rathenau muß für uns in erster Linie eine sachliche Angelegenheit sein. Geben die genannten beiden Minister den von ihnen bisher sachlich einge- nommenen Standpunkt an, indem sie sich auf den Boden des Ultimatumsprogramms der Deutschen Volkspartei stellen, und werden weitere Sicherungen dafür geschaffen, daß an diesem, mit der Deut- schen Volkspartei vereinbarten Programm nicht gerüttelt wird, dann würde uns, bei aller Abneigung gegenüber Herrn Wirth und Herrn Rathenau angesichts der ungeheuren Größe der Gefahr, in der unser Vaterland sich befindet, auch ein Kabinett mit diesen beiden Männern annehmbar erscheinen.

Selbstverständliche Voraussetzung für die Deutsche Volkspartei muß sein, daß die Koalitionsparteien von ihr in keiner Weise eine grundsätzliche Festlegung auf die republikanische Staatsform verlangen.“

Das ist deutlich! Das schreibt ein Reichstagsabgeordneter im offiziellen Parteiorgan! Und er vertritt dabei nur die wirklichen Ansichten, die andere jetzt, wo es sich darum handelt, erst mal in die Regierung zu kommen, lieber ver- handeln. Aber hat nicht Herr Stresemann selbst im Grunde genommen erst vor wenigen Tagen das gleiche gesagt?

Um das Steuerprogramm

Bürgerliche Einheitsfront

Zur Regierungsbildung sei auch die Neuherung der „All- gemeinen Zeitung“ wiedergegeben. Das Organ der Deut- schen Volkspartei schreibt:

„Die Entscheidung über das Zustandekommen einer Koalition der Mitte im Reich wie in Preußen liegt, wie wir bereits in der vorgeschrittenen Abendausgabe andeuteten, gegenwärtig bei der Sozialdemokratie, die den Standpunkt der in Frage kommenden bürgerlichen Parteien — der Deutschen Volks- partei, des Zentrums und der Demokraten — in der wesentlichsten Frage, nämlich der des zukünftigen Steuerprogramms, genau

kennnt und sich nunmehr, und zwar möglichst bald darüber schütssig werden muß, ob sie diesem Steuerprogramm zustimmen will oder nicht.“

Die Annahme liegt nahe, daß es sich bei der Anfrage der Mehr- heitssozialdemokratie an die Unabhängigen, ob und unter welchen Bedingungen sie zu einem Eintritt in die Reichs- und preussische Regierung bereit seien, um ein Zwischenspiel handelt, das eher als ein taktisches als um ein politisch-praktisches Manöver anzusehen ist, zumal sowohl Zentrum wie die Demokraten bei ihrem Be- schlusse, keine Koalition mit den Unabhängigen einzugehen bleiben dürften.“

Nach wie vor aber muß aus schwerwiegenden Erwägungen her- aus daran festgehalten werden, daß die Koalitionsoffertierungen in Preußen und im Reich zeitlich untrennbar sind. Auf diesen Stand- punkt steht die Deutsche Volkspartei keineswegs etwa allein.

An diesen Ausführungen ist sehr beachtenswert, daß dar- nach Zentrum und Demokraten sich mit der Deutschen Volks- partei bereits weitgehend verständigt haben und zwar über die wichtigste taktische Frage, indem sie die Regierungsbildung in Preußen, d. h. die Aufnahme der Rechtssozialisten, abhängig machen von der Kapitulati- on der Rechtssozialisten im Reich vor den Forderungen der Bürgerlichen. Dann ist das Einvernehmen hergestellt in der wichtigsten politischen Frage, dem Steuer- programm. Und was da ein Einvernehmen mit der Partei des Großkapitals bedeutet, kann man sich vorstellen. Der Görlicher Beschluß hat so die bürgerlichen Parteien vereinigt und die Rechtssozialisten isoliert. So sieht die „taktische Wendung“ in Wirklichkeit aus.

Die Fronde der Industrieritter

Der Verband der sächsischen Industriellen gegen die Goldwertersassung

In seiner jüngsten Sitzung nahm der Vorstand des Ver- bandes der sächsischen Industriellen zu den Steuer- vorlagen der Reichsregierung Stellung. Gegen den Plan der Erfassung der Goldwerte mobilisieren die Industriellen ganz Deutschlands und die sächsischen wollen da nicht zurückstehen. Zur Wahrung ihrer heiligsten Güter, nämlich ihrer Profitinter- essen, faßten sie folgende Entschliegung:

Die sogenannte Erfassung der Gold- und Sach- werte — das sind die volkswirtschaftlichen Produktions- mittel und damit die letzten Aktiwerte unserer Wirtschaft, über die wir verfügen — würde die deutsche Volkswirtschaft an ihren Wurzeln treffen und deren Schicksal bestiegeln. Denn die Substanz der Gold- oder Sachwerte ohne Erschütterung der Fundamente der deutschen Produktion der Erfüllung der so- genannten Reparationsverpflichtungen dienstbar machen zu wollen, ist von vornherein ein vergebliches Beginnen. Der Verband sächsischer Industriellen lehnt es darum in voller Uebereinstim- mung mit den anderen Erwerbsständen des Landes mit Ent- schiedenheit ab. Wohl aber finden die Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der übrigen Er- werbsstände zu dem Zwecke, dem Reiche durch einen lang- fristigen Kollektivkredit der deutschen Erwerbsstände die anteiligen Mittel zur Erfüllung der auswärtigen Ver- pflichtungen für die nächste Zeit zur Verfügung zu stellen, die ernsthafteste Beachtung auch der sächsischen Industrie.

Ja, die Industriellen sind auf dem Posten! Noch kann man kaum davon reden, daß ernsthafte „Gefahr“ im Verzuge sei. Die Pläne zur Erfassung der Sachwerte sind noch keinesfalls die Pläne der Regierung und wenn sie es werden, so nur unter dem Druck der Arbeitermassen. Aber die Industriellen rufen nach dem schönen Motto: „Besser vorgehen, als nachgesehen!“ Die Scheinkonzession in bezug auf die Gewährung von Krediten zur Erfüllung der Verpflichtungen des Reichs entspringen denselben Erwägungen. Es lebe der Patriotismus, wenn er nichts kostet!

Ein deutschnationaler Ententeispiel

Die „Deutsche Tageszeitung“ steht sich genötigt, die Mitteilung zu veröffentlichen, daß in Danzig ein gewisser Hugo E. Lue- decke, der Herausgeber der deutschnationalen „Stwacht“ als Ententeispiel entlarvt worden ist. Nach den Worten der „Deutschen Tageszeitung“ ist die „Stwacht“ nur zu dem Zweck herausgegeben worden, „nationalgesinnte Danziger Bürger und Bürgerinnen der Entente ans Messer zu liefern, nachdem L. sie unter der Maske eines Nationalisten und Monarchisten bespöttelte und einen großen Spionageapparat gegen sie angewendet hatte“. So die „Deutsche Tageszeitung“. Als aber die „Stwacht“ wegen der Veröffentlichung eines Freudengedichtes auf den Tod Erzbergers von der Regierung verboten wurde, fiel die deutschnationale Presse wegen dieser „terroristischen“ Maß- nahme über die Regierung her.

Der deutschnationale Herr Luedcke muß übrigens eine feine Nummer sein. Er erklärt jetzt, daß die „Stwacht“ nur ein „Kartenspiel“ gewesen wäre, an dem er die Alldutschen herum- geführt habe. Sein Geplärre hätte ja auch nur den Alldutschen wohlthun können. Webrigens stand Luedcke schon als Abstim- mungshelfer im Solde der Entente (was ihn übrigens auch damals nicht hinderte, für die „nationale Sache“ das Maul weit aufzureißen). Seine Alten schickte er regelmäßig nach Paris und London, von wo er auch bezahlt wurde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt ihre Travernachricht mit folgenden wehmüthigen Worten: „Luedcke ist einer — wie viele Leute, vor denen selbst feindliche Offiziere ausspähen?“ Ganz recht! Wie viele Ententeispiel mag es noch in den Reihen der deut- schnationalen Demagogen geben, die ihre wüste nationalistische Hehe ins Volk hinaustragen, um den nationalistischen Schreibern auf der Gegenseite den gewünschten Vorwand zur Hehe gegen Deutsch- land zu liefern? Nicht nur diese Galanten, sondern noch mehr die offiziellen deutschnationalen Agitatoren und Politiker sind verantwortlich dafür, daß die wirtschaftliche und politische Ent- wicklung Deutschlands gehemmt und die Geschäfte des Entente- imperialismus besorgt werden.

Deutschnationale Freude am Mord

Mit der größten Entrüstung hat in der Reichstagsver- handlung der Führer der Deutschnationalen Partei Männer geäußert, daß es in der deutschnationalen Partei Männer gäbe, die ihre Freude über den Mord an Erzberger geäußert hätten. Mit der Wahrheit steht diese Behauptung auf ge- spanntem Fuß. Denn der Berliner Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Straß, der unmittelbar nach dem Mord an Erzberger in einer öffentlichen Versamm- lung erklärte:

„Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist. Es ist durchaus christlich, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken. Denn was man als Böses erkannt hat, muß man beseitigen.“

ist noch immer im Amt. Am 1. Oktober sprach er in der Oberrealschule Zwinglstraße 2, und gestern hielt er eine weitere Versammlung ab. So bleibt denn die Tatsache bestehen, daß die deutschnationale Parteileitung Männer be- schäftigt, die den Mord an Erzberger verherrlicht haben.

Zentrum und bayerische Volkspartei

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 3. Oktober.

Innerhalb der Bayerischen Volkspartei macht sich eine oppo- sitionelle Strömung gegen die bisherige separatistische Politik be- merkbar. Insbesondere in Nordbayern sind Bestrebungen im Gange, die Fühlung mit dem Reichszentrum wieder aufzunehmen. Die in Nürnberg erscheinende „Bayerische Volkszeitung“ (ein Organ der Bayerischen Volkspartei) schreibt unter der Stichzeile „Zurück zum Zentrum“:

„Am 1. Oktober fand in Nürnberg-Fürth die Kreisverfam- lung des Kreisverbandes Nürnberg-Fürth der Bayerischen Volks- partei statt. Dabei wurde von den außerordentlich zahlreich er- schienenen Teilnehmern folgende Entschliegung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen: „Die Kreisversammlung des Kreis- verbandes Nürnberg-Fürth der Bayerischen Volkspartei gibt dem Wunsch Ausdruck, daß Mittel und Wege gefunden werden, daß die früher bestandene Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Volks- partei mit der Zentrumspartei wieder aufgenommen wird.“ Die nämliche Entschliegung wurde auch von der Kreisversammlung des Kreisverbandes Mittelfranken der Bayerischen Volkspartei gefaßt. Dafür stimmte die ganze Versammlung, abgesehen von einer Stimmenthaltung.“

Die Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei in Unter- franken hat sich schon vorher für die Wiederaufnahme der Ar- beitsgemeinschaft der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum ausgesprochen.

Zusammenstöße mit der Reichswehr

Augsburg, 3. Oktober.

Sonntag nacht gegen 12 Uhr kam es an der Ecke der Kaiserstraße und Kapuzinerstraße zwischen Zivilpersonen und Reichs- wehrangehörigen aus bis jetzt unaufgeklärter Ursache zu Täulichkeiten, in deren Verlauf zwei Zivilpersonen und drei Reichswehrangehörige durch Messerstiche erheblich verletzt wurden. Einer der Verletzten, ein Hilfsmonteur, ist nach Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen er- legen. In der Neuburgerstraße wurde ein Reichswehrsoldat von dem Händler Josef Brandel durch Stich in die rechte Brustseite schwer verletzt. Brandel wurde verhaftet.

Falschmeldungen über Oberschlesien

Ein Berliner Blatt meldet, daß man in führenden Kreisen Oberschlesiens mit einer Lösung des obereschlesischen Problems der- art rechnet, daß Deutschland an Polen 5 Milliarden Goldmark zahlen solle. Diese Summe soll zur Erschließung des Dombrowaer Industriebeckens dienen. Eine ähnliche Mel- dung veröffentlicht auch der „Eclair“. Danach heißt es, offizielle Agenten Deutschlands hätten die polnische Regierung wissen lassen, daß sie 500 Millionen Goldmark und die zur Erschließung der pol- nischen Unternehmungen erforderliche Summe erhalten würde, wenn Polen den englischen Beschluß für die Teilung Oberschlesiens annehme.

Dazu erfahren die P. P. R. von zuständiger Stelle, daß die deutsche Regierung in ihrer Note vom 1. April ihre Bereitwillig- keit ausgesprochen habe, Polen bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze beihilflich zu sein, wenn Polen sich zu einem Arrangement bereit finden würde, auf Grund dessen Oberschlesien ungeteilt beim Reiche verbleibe. Die- ser Standpunkt der deutschen Regierung sei bei den Verhandlungen über Oberschlesien mehrfach zum Ausdruck gebracht worden. Von polnischer Seite sei indessen kein Schritt erfolgt, nach dem mit einer Annahme dieser Verständigungsaktion zu rechnen sei. Die in den Blättern gebrachten Mitteilungen über deutsche Milliarden- zahlungen seien völlig aus der Luft gegriffen.

Das italienische Blatt „Il Tempo“ veröffentlicht ein Telegramm aus Genf, wonach die Entscheidung über Oberschlesien nach der Sforza-Linie zu erwarten sei. Die Meldung behauptet, diese Meldung entspreche dem Gutachten deutscher und polnischer Arbeiterorganisationen, sowie deren Vertreterin, der Amsterdamer Internationale. Dazu erfahren die P. P. R., daß die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften in der dem Völkerbund überreichten Gedächtnisnote klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Arbeiter und Angestellten der deutschen Gewerkschaften hätten wiederholt bei früheren Anfragen die Notwendigkeit des Verbleibens eines ungeteilten Oberschlesiens beim Deutschen Reiche betont. Diese Stellungnahme sei auch dem Völkerbundrat über- mittelt worden. Was den internationalen Gewerkschaftsbund an- betrifft, so sei auch in dessen Bericht die Unteilbarkeit Oberschlesiens klar zum Ausdruck gebracht worden.

Eine neue Note Nollets

Da. Paris, 3. Oktober

Der „Matin“ meldet, daß General Nollet in einer zweiten Note von der deutschen Regierung die Ablieferung der der deut- schen Sicherheitspolizei verüblichen Maschinengewehre verlangt. — Der Völkerbundrat richtete eine neue Note nach Ber- lin, in der an die Nachlieferung der rückständigen 480 000 Tonnen Kohle für August und September erinnert wird.

Maxim Gorki über Rußland

In einem Gespräch mit dem Korrespondenten der „Daily Mail“ hat Maxim Gorki, wie wir der „Voll. Ztg.“ entnehmen, seine Ansicht über das künftige Rußland geäußert. Er meint, daß die Aufhebung des wirtschaftlichen und des intellektuellen Boykotts der Westmächte gegen Rußland das beste Mittel sein würde, um bald wieder geordnete Zustände in Rußland herbeizuführen. Rußland werde nur von den verschiedenen Völkern, nicht aber von den Regierungen unterstützt.

In diesem Zusammenhang belonte Gorki, daß das kleine Finn- land viel mehr getan habe, um Rußland zu helfen, als das große England und Amerika. Die Furcht vor der bolschewistischen Ge- fahr, so meint Gorki, dürfe die Staatsmänner nicht ihres klaren Blickes berauben. Diese Gefahr werde von selbst verschwinden, und der Kommunismus werde einer sozialistischen oder sogar demokratischen Republik Platz machen und eine Staats- form annehmen etwa von der Art der Vereinigten Staaten.

Die Möglichkeit einer Wiederherstellung des alten Regimes hält Gorki für höchst unwahrscheinlich. Die Intelligenz sei einer Wiedertehr der zaristischen, militaristischen Bürokratie durchaus feindlich gesinnt. Sie lehne sich nach einer Regierung der mittleren Linie. Die jetzige Regierung hält Gorki für notwendig, weil eine andere Regierung zurzeit nicht möglich sei. Wenn die jetzige Regierung stürze, würde ein völliges Chaos in Rußland entstehen.

Die Käteregierung sei sogar, wie Gorki glaubt, ein not- wendiger Schritt innerhalb der Entwicklung des russischen Volkes; aber sie werde am Widerstand der russischen Bauern zugrunde gehen, die zu anarchistisch seien, um die Disziplin des Kommunismus auf sich zu nehmen. Aber auch eine demo- kratische Regierung, an der Lenin und Trotski beteiligt wären, hält Gorki für unwahrscheinlich.

Ueber die Zukunft seines Landes denkt Gorki sehr pessimistisch, weil er die große Masse der Bauern als einen Semischuh für jeden Forischritt ansieht.

Zur Entwicklung Groß-Berlins

Von den Bürgerlichen, insbesondere den Rechtsparteien, wird uns entgegengehalten, daß die Zusammenfassung der Einzelgemeinden zu einem Groß-Berlin, die doch auf unser Betreiben erfolgt ist, gar nicht erforderlich gewesen sei, außerdem aber perspektivisch die Tatsache, daß sie es sind, die aus privaten Interessengründen und politischen Erwägungen heraus die Eingemeindung künstlich zurückgehalten und damit die schlechten Zustände, die so allmählich eingerissen sind, verschuldet haben.

Da ist eine ergötliche Ironie der Geschichte, daß Beweise für diese abschließliche Zurückführung von den Parteimitgliedern der Rechten selbst geliefert werden.

Es wird interessieren, daß schon Treitschke, der Geschichtsschreiber der Hohenzollern, es 1874 für nötig hielt, zu fordern, daß durch Bildung einer Provinz Berlin die deengenden Formen der Städterordnung gelockert werden sollten.

Ortl, ein alter Geheimrat und Baubeamter, auch kein Sozialist, wies gleichzeitig dem Staat vor, daß er durch seine Gesetzgebung die Entwicklung der großen Städte absichtlich hemmte. Dies war aber nur Schuld der Rechtsparteien, denn der Gehrentwurf über Bildung der Provinz Berlin, den man 1877 tatsächlich im Landtag eintrachtete, fand durch den energischen Widerspruch der Konservativen ein mögliches Ende.

Am Karsten steht man diesen konservativen Standpunkt bei Bismarck, dem Nationalheros gewisser Leute. Er fordert mit dünnen Worten, daß die großen Städte vom Erdboden verschwinden sollten.

Die reaktionär kommunale Verfassung tat nun das übrige, um die Zustände auf dem Gebiet des Städtebaues und Wohnungswesens noch zu verschlechtern. Die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstände, welche bis zur Revolution aus 50 Prozent Hausbesitzern bestanden, während diese in Berlin nur 1 Prozent der Bevölkerung bilden, hatten natürlich Interesse an hohen Bodenpreisen und langsame Stadterweiterung, damit die Mieten möglichst hoch wurden. Hierzu kam noch die kommunale Steuererhebung, die im Gegensatz zu England und Amerika die Kapitalaufwendungen, welche die Stadterweiterung erfordert, nicht von den Grundbesitzern nahm, welche doch den Vorteil und die höheren Mieten davon haben, sondern von der Allgemeinheit. Die allgemeinen Grundsteuern, welche es verschuldeten, daß allmählich die jetzige Mierte entstanden ist, hat der altpreussische Staat gegen Berlin auch im einzelnen angewendet. Die Pläne zu Bahnverbindungen hatten mit den schwierigsten Verhältnissen zu rechnen, weil die Stadtmauer nicht durchbrochen werden sollte, um das Eingreifen des Militärs bei inneren Unruhen nicht zu erschweren. Sogar die Pferdebahn sollte aus ähnlichen Gründen nicht in die innere Stadt.

Besonders die Krone hat die Stadt, seit sie selbst erstarbt und nicht mehr nur Residenz von Serenissimus war, ausschließlich als milchende Kuh behandelt. Man erinnere sich nur an die Grundstücke des Mühlendammes, die sie bald nach 70 Jahren an Spekulanten verkauft hat und welche Berlin für teures Geld zurückzuerwerben mußte, und aus neuester Zeit an den großen königlichen Park Wilmersdorf, der bis auf lässliche Reste zur Bebauung verkauft wurde.

Alle diese Schäden, die auf dem Gebiet der städtischen technischen Verwaltung in solcher Art entstanden sind, können jetzt unter den neuen Verhältnissen allmählich geheilt werden. Voraussetzung ist und bleibt, daß die Zusammenlegung der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksparlamenten eine sozialistische Mehrheit aufweist. Nur eine sozialistische Stadtverordnetenversammlung wird es vermögen, z. B. auf dem Gebiet des Wohnungswesens, einen Ausgleich der Interessen zwischen den Ost- und Westgemeinden herbeizuführen und konstanten Einzelzuständen ein Ende zu bereiten, wie z. B. der war, daß ein Billenbesitzer im Grunewald infolge der Ersparnis von Gemeindesteuern fast umsonst wohnte.

Von dem, was auf anderen technischen Gebieten bis jetzt begonnen ist, steht der Sachverständige schon Früchte reifen. So können durch die Vereinheitlichung der städtischen Werke Ältere, unwirtschaftlich arbeitende zugunsten moderner

Betriebe abgebaut werden, die vorhandenen Rohleitungen und Versorgungsnetze besser ausgenutzt, neu anzulegende im Gegensatz zu früher, wo jede Gemeinde nur für sich arbeiten konnte, praktischer und daher billiger angelegt werden. Die Zusammenfassung der elektrischen Bahnen gibt die Möglichkeit, die Bahnhöfe und Werkstätten rationeller auszunutzen. Durch gemeinsame Bearbeitung der Bebauungspläne an Stelle der früheren Eigenbräutelei kommt man auch auf diesem Gebiete einer praktischen und künstlerischen Lösung näher. Wir wollen eine Bodenpolitik treiben, die es verhindert, daß sich die Terraingesellschaften und die hinter ihnen stehenden Kapitalisten Riesengewinne verschaffen, und eine Wohnungspolitik, die nicht nach dem veralteten Hindenburg-Rudendorffschen Muster an dem Häuschen auf dem Lande klebt (das doch nur dazu dienen sollte, die Massen dem Sozialismus abwendig zu machen), sondern menschenwürdige Wohnstätten auch für die breitesten Schichten der Völkervermittelten schafft. All das kann aber, wie die früheren Ereignisse zeigen, nur erreicht werden, wenn wir eine zielbewusste sozialistische Mehrheit im Stadiparlament und den Bezirksparlamenten haben.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Am Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 89, eine wichtige Zentralvorhandlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ackerat über die politische Lage. Die Mitglieder des Zentralvorhandlung werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Eine neue Blamage der Sozialistenführer

In den bisherigen Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung der gesamten Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin hat sich zum großen Leidwesen der bürgerlichen Parteien gezeigt, daß die erhobenen Angriffe jeder Grundlage entbehren und mit Bestimmtheit ist zu erwarten, daß auch die weiteren Verhandlungen und Untersuchungen an dem für die Angreifer so blamablen Ergebnis nichts ändern werden. Es liegt auf der Hand, daß dem jetzigen Magistrat keinerlei Schuld trifft, selbst wenn in früheren Jahren, wo die Sozialisten von der städtischen Verwaltung ausgeschlossen waren, irgendwelche Unterlassungen begangen worden sind.

Die Angreifer suchen nun durch Verschleppungstatistik die Untersuchung und Feststellung zu sabotieren, indem sie in den Sitzungen gar nicht oder zu spät erscheinen.

Eigen-Unfallversicherung der Stadtgemeinde Berlin

Auf Grund des § 628 der Reichsversicherungsordnung haben Gemeinden das Recht, die Unfallversicherung für die in ihre Dienste stehenden Arbeiter und Angestellten selbst in die Hand zu nehmen, sofern sie von der Aufsichtsbehörde für „leistungsfähig“ erklärt werden. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, von diesem Recht Gebrauch zu machen und die Eigenversicherung in die Wege zu leiten. Die Verwaltung wird dadurch gegenüber dem jetzigen Zustande ganz erheblich vereinfacht. Bisher kamen für die verschiedenen Verwaltungszweige die verschiedensten Berufsgenossenschaften in Betracht, was zu einer Verasetzung der Arbeitskräfte führen mußte. Durch die Neuordnung wird eine wesentliche Vereinfachung herbeigeführt.

Demonstration der streikenden Gastwirtsgehilfen

In den bürgerlichen Zeitungen aller Schattierungen kann man tendenziöse und läugerische Berichte über den Streik der Gastwirtsangestellten finden. Immer und immer wieder wird versucht, den Streik als Teufelswerk ohne besondere Bedeutung hinzustellen. Alle diese Lügen wurden durch eine Demonstration der Streikenden am Montag glänzend widerlegt. Ein Riesenzug von weit über 10 000 Streikenden bewegte sich unter Borantrieb einer Musikkapelle des Muster-Verbandes von der Eßlinger Straße über den Alexanderplatz nach dem Lustgarten. Zahlreiche Fahnen und Transparente mit auf den Streik bezüglichen Inschriften wurden im Zuge mitgetragen. Im Lustgarten wurden

an die Demonstranten kurze Ansprachen gehalten, in denen die Solidarität der Streikenden und Geschlossenheit des Streikes gefeiert wurden. Die Stimmung der Streikenden ist vorzüglich und bietet die Gewähr dafür, daß die Streikenden nicht eher in die Betriebe gehen werden, als bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Hinter den Kulissen des Wohnungsamts

„Merkwürdige Sittenbegriffe“

Trotz aller Dementiverläufe der „zuständigen Stellen“ erweist es sich immer aufs Neue, daß die öffentliche Meinung nur allzu recht hat, wenn sie die Hoffnung vertritt, daß man — von Ausnahmefällen abgesehen — nur „hinter her zu“ ein Wohnungsamt gelangen kann. Was insbesondere bei einzelnen Wohnungsämtern möglich ist, geht aus dem folgenden Probebericht hervor:

Wegen Bestechung stand gestern der 24jährige Bureaugehilfe Bruno Knuth vor Gericht. Der Angeklagte, der während des Krieges Offizier gewesen war, fand auf gute Empfehlung hin eine Anstellung als Bureaugehilfe im früheren Wohnungsamt 7. Er genoh dort ein großes Vertrauen des Leiters und hatte in der Hauptsache die Bescheinigungen auszufüllen, die den Wohnungsuchenden ausgestellt wurden. Wie die Beweisaufnahme ergab, hat der Angeklagte sich hauptsächlich an Frauen, aber auch an Männer, die Wohnungen suchten, herangemacht und ihnen nahegelegt, daß er in der Lage sei, ihnen Wohnungen zu beschaffen, wenn sie etwas „schmeikeln“ würden. Er hat die Betroffenen in ihren Wohnungen aufgesucht und sie dort dazu bewogen, ihm die verlangten Summen zu geben. Es lagen gegen ihn sieben solcher Fälle vor, in denen dem Angeklagten Gelder in Höhe von mehreren Hundert Mark überwiehen worden sind, ohne daß er in der Lage gewesen wäre, den Wunsch der Leute zu erfüllen. Der Angeklagte soll wiederholt den Wohnungsuchenden gesagt haben: „Wohnung gibts nicht, die gibts nur zu Frauen“. Bei einer Gelegenheit, als er etwas animiert war, hat er in schwöler Weise erklärt: „Erst die Frau und dann Geld!“

Der Angeklagte gab reumütig seine Verfehlungen zu, nannte sich selbst mehrfach einen „Lumpen“ und entschuldigte sich damit, daß er Spielschulden in Höhe von 7000 M. gehabt habe, die er nicht habe begleichen können. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Leichtfertigkeit, mit welcher der Angeklagte mit der Frauenscheit umgegangen sei, andererseits darauf, daß das Gericht von der Bestechlichkeit von Beamten der Wohnungsämter nicht so sehr auf das Verhalten des Publikums selbst, sondern einzig und allein auf die ganzen Zustände in den Wohnungsämtern zurückzuführen sei, drei Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Der Vorsitzende erklärte bei der Begründung des Urteils, daß in dem Wohnungsamt merkwürdige Sittenbegriffe zu herrschen scheinen, denn es sei ihm, obgleich seine Verfehlungen schon bekannt waren, das Ergebnis Mäßigung beizubringen „ausgeschlossen“ worden. Diese Auffassung fällt für den Angeklagten mildernd ins Gewicht, denn er habe in dem ganzen Milieu, in dem er lebte, nicht an die Schwere seiner Vergehen gedacht. Die Bewilligung einer Bewährungsfrist ist abgelehnt worden.

Der Nord in der Krausnickstraße

Wegen schweren Raubes mit Todeserfolg hatten sich gestern der Schlosser, jetziger Bergarbeiter Herbert Bruchmann aus Gelsenkirchen und der Möbelschneider Karl Wendroth, ferner wegen Anstiftung bzw. Beihilfe der Kraftfahrer und jetzige Bergarbeiter Erich Blöhs, der Schlosser Arthur Köhler und der Kraftfahrer Konrad Boguschewski zu verantworten.

Der Angekl. Blöhs hatte erfahren, daß der in der Krausnickstraße wohnhafte Kaufmann Henckels, ein Kunagelle, der eine Bierzimmerwohnung innehatte, dort große Geldsummen bewahrte und gewöhnlich nach Besuch mehrerer Gaststätten spät abends heimkehrte. Nach Anweisung von Hellerschellern ging er mit diesen am Abend des 25. Dezember nach dem Hause Krausnickstraße 23, das gerade verschlossen werden sollte. Öffnete dort die Wohnungstür des Henckels und drang in die Wohnung, die die Verbrecher von innen wieder verschlossen. Dann warteten sie bei Schokolade und Zigaretten, die sie dort vorfanden, auf Henckels Rückkehr. Als dieser nachts gegen 11 1/2 Uhr heimkehrte und die Tür aufgeschloß und sein Zimmer betreten hatte, sprang Wendroth auf ihn los, umkammerte ihn und brückte ihm zwei Taubentöcher in den Mund, während Bruchmann, um ihn lächelnd zu betäuben, mit dem Hohlmeißel eines Schraubenziehers kräftig gegen den Kopf schlug. Henckels wehrte sich verzweifelt, die Taschen-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(14. Fortsetzung) (Kochbuch verboten)

Er war wie elektrisiert von der Arbeit, er siebte, wenn er an alles dachte, was ihm noch im Kopf spukte — Erfindergebanten, die sich gestalten wollten — nur Geld her! Wenn er nur viel Geld durch die Finger rollen lassen könnte! So war er gehemmt, gebunden, wie an Ketten zurückgehalten. Peter ward hager von der ungewohnten Arbeit, und die Anruhe und Sorgen zogen ihm ihre Schreie ins Gesicht, aber er atmete freier als im Winter, jetzt wo er die Hände regen, schaffen konnte, wo er sich an die Zukunft zu denken getraute und hoffen durfte. Er machte oft eine Fahrt hinüber nach der Richtung der Fabrik. — Projeh hin und her, er würde ihnen schon das Wasser abschneiden, daß sie die Junge heraushängen und ihn um Pardon bitten mußten! Die wollte er gedemütigt sehen, die da drüben; das sah ihm noch im Blute von seinen Knabenjahren her. Sonst war's ihm gleich, ob einer über ihn weglaß oder ihn gar höhnlich betrachtete, als wollte er sagen: „Aha, der ist im Abrutschen!“ Ob einer die Kappe tiefer zog oder weniger tief, oder gar nicht. Er war aus dem Schlamm heraus, schon konnte er freier atmen.

Die Häuser standen, die Kanäle waren gebaut, die Maschinen bestellt, wenn auch das bare Geld knapp und die Schuldenlast auf dem Gut groß war; zum Henter, auf seine Säge mußte ihm doch einer pumpen? Es gab ja keine weit und breit, der schönste Hochwald stand stundenweit um sie, hoch und dicht; da war diese wunderwolle überfläumende Wasserkraft — die Arme hätte einer ausbreiten und sie segnen mögen! Wie sie daher kam, ungestüm und voll frogender Kraft und jörmlich schrie: „Gib mir zu tun, laß mich schaffen!“

Oh, wenn sie nur nicht in diesem verfluchten, abgelegenen Winkel herunterströmte, oder wenn er seinen Besiß bis dahin hätte vorziehen können, wo die Schienen liefen und ihm die Eisenbahnen die schweren Lasten gleich fortgetragen hätte!

So manche schlaflose Nacht kam ihm das nicht aus dem Sinn und so manche Nacht quälte er sich mit Hirnspinnnetzen, die am Tag in nichts zerrannen.

Du tußt das alles nicht, weil es dich dazu treibt; du tußt es nicht wegen deines Sohnes. Du tußt es den Thomanns zum

Trog; du willst Herr sein über sie, du erträgst es nicht, wenn sie die Herren sind.“

Im Grunde konnte er sie ja doch nicht ruinieren. Wenn er ihnen die Wasserkraft entzog, was kam es denen darauf an, ihre Zelte abzubrechen und mit ihren Millionen auszuwandern, oder sich andere Maschinen zu verschaffen, wenn sie auch teurer damit arbeiteten? Das taten sie vielfeicht — wenn der Alte so an seinem Werk hing wie er, Peter, an dem seinen. Wenn einer die Heimat liebte wie er — Peter senkte den Kopf; dennoch, er mußte es tun, und wenn es ihn zugrunde richtete; es riß ihn unaufhaltsam mit fort. Der alte Zug und die alte Auslehnung wurden mächtiger und dränger.

In dieser Zeit kam Eugenie Thomann einmal auf den Felsenbrunner Hof. Sie kam nicht gefahren wie früher, in einem schlichten grauen Kleide war sie den weiten Weg zu Fuß gegangen; bei einem Bankrotteur, der Peter in allen Augen war, fuhr man nicht mit stolzen Rossen vor.

Was wollte denn Eugenie Thomann auf seinem Hofe? frug sich Peter.

Als man ihn deshalb holte, wüßte er sich ärgerlich den Schweiß von der Stirne; er hatte eben geholfen, eine Maschine zu montieren, und kam nun, unwillig ob der Störung, etwas rot und verwirrt über den Besuch, in seinem blauen Leinenanzug an. Er hatte Eugenie seit seiner Ankunft noch nicht gesehen und kaum mehr ein scharf umrissenes Bild ihres Keuchers im Gedächtnis; der Eindruck ihres Wesens war stark und nachhaltig geblieben. Er erstaunte, wie frisch und kräftig, ja selbst wie jung sie neben Rätchen aussah, die verdrossen und vernachlässigt, in einem schmutzigen Kattunkleid neben ihr saß.

Auch Eugenie Thomann schien verwirrt; sie war in ein ungestaltetes Zimmer geführt worden; die Frau des Hauses hatte ihr kaum einen Gruß gerönt, und sie mürrisch und zögernd zum Sigen aufgefördert. Nun sah sie bei zwei verstimmt Menschen, und wußte selbst nicht recht, was sie sagen sollte, weil sie dem einen vom Gesicht ablas, was er dachte: „Was will die? Wo will die hinaus?“ weil der andere der Arzwohn und die niedrige weibliche Eiferluht über das ganze Gesicht brannte.

„Ich wollte Ihnen doch auch Willkommen in der Heimat sagen, Peter, endlich, nachdem Sie schon so lange da sind, ohne daß es mir gelungen wäre, Sie zu sprechen. Auch Ihren Sohn

wollte ich sehen, deshalb bin ich hauptsächlich gekommen, sonst kriegen ich ihn ja doch nicht zu Gesicht. Wollen Sie mir ihn nicht zeigen?“ fragte nach einer verlegenen Pause Eugenie Thomann etwas höflich, wie es sonst nicht ihre Art war.

„Ich bin die Frau vom Hause“, warf ihr Rätchen von oben herab hin, „ich habe hier auf den Felsenbrunner Hof geheiratet, Fräulein Thomann, und wenn Sie meinen Sohn sehen wollen, müssen Sie mich fragen.“ Das klang scharf, bestimmt und abweisend.

„Verzeihen Sie, Rätchen, — ja, ich möchte ihn gern sehen.“

„Warum nennen Sie meine Frau Rätchen?“ fragte Peter Eugenie Thomann, als Rätchen gegangen war.

„Es ist eine alte, aber auch recht schlechte Gewohnheit, Peter. Sie stammt aus der Zeit, wo Ihre Frau, wie Sie wohl wissen werden, Stütze bei uns war, eine kurze Zeit nur, denn — was? Sie wissen es nicht? Ich verspreche Ihnen, Ihre Frau zu respektieren und sie nie wieder Rätchen zu nennen. Nun lassen Sie mich aber richtig und von Herzen Willkommen sagen,“ und sie nahm mit Wärme seine beiden Hände. „Warum habe ich Sie nie sehen können? Warum haben Sie mir nicht geschrieben? Peter, ich weiß alles, — und — und ich möchte Ihnen so gerne — ach! machen Sie mir's nicht so schwer! Sagen Sie nicht mit diesem dräuenden Gesicht vor mir! Bin ich denn nicht mehr Ihre Freundin?“

„Und als sie Peter, wie aus weiter Ferne zurückkommend anschaute, zuerst verständnislos, dann mit einem matten und verstehenden Aufblinzeln in den Augen: „Ja, ja, helfen will ich Ihnen! Ich kann Sie nicht so elend wirtschaften sehen, unter so schwierigen Verhältnissen, stets gemacht und stets bedrängt — schütteln Sie doch den Kopf nicht so eigenfönnig! Von mir können Sie es nehmen, ich will nichts schenken; bewahren, ich begehre meine Zinsen, dazu habe ich zuviel Kaufmannsbüt; aber ich weiß, Sie werden anders schaffen und anderes schaffen, wenn Sie frei sind, wenn Ihnen nicht immer der Jud auf dem Buckel sitzt. Machen Sie sich doch kein Gewissen daraus, ich gebe nicht zuviel; es ist, nebenbei gesagt, nur mein Kapital, und ich will Ihr Partner sein, ich will mithalten, mitbesprechen, mitrisikieren, auch mit dreinreden, mit einem Worte: ich will Teilhaberin sein, denn ich muß einen Wirkungskreis haben, ich muß mich betätigen können; im Kleinen habe ich das ja in England schon getan.“

„Man hat Sie geschickt, Eugenie! Man will mir in die Karten sehen, mich ablauern, Ihr Vater fürchtet mich —“

(Fortsetzung folgt.)

